

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 100 (2006)

Heft: 4

Artikel: CuS-Gespräch mit Inge Höger-Neuling : "Aus Wut kann Widerstand werden"

Autor: Höger-Neuling, Inge / Obenhaus, Matthias

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Aus Wut kann Widerstand werden»

Ausgangspunkt dieses CuS-Gesprächs mit Inge Höger-Neuling, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, ist die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Arbeitslosengeldes II bei jungen Erwachsenen. Das ALG II ist auch unter dem Namen Hartz IV bekannt. Es regelt die Beiträge der Bundesarbeitsagentur an Langzeiterwerbslose, die über ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Das ALG II hat zum 1. Januar 2005 sowohl die Sozialhilfe als auch die Arbeitslosenhilfe abgelöst. Beide wurden auf das sog. Existenzminimum heruntergefahren. Das ALG II arbeitet mit pauschalisierten Bedarfsbemessungen, die nach Einschätzung Hunderttausender Betroffener, sämtlicher Wohlfahrtsverbände und der Fraktion DIE LINKE absolut unzureichend sind, um ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen zu gewährleisten. Es verlangt von Erwerbslosen 10 Bewerbungen pro Monat – eine Zumutung angesichts des geschätzten Mangels an sieben Millionen Vollzeitarbeitsplätzen – und die Annahme jeder von der Agentur angebotenen Arbeit, wenn sie dazu physisch und psychisch in der Lage sind. Um mehr «zumutbare Arbeit» zu schaffen, sind seit 2005 auch so genannte Ein-Euro-Jobs entstanden, die zum Teil von freien Trägern, zum Teil von öffentlichen Arbeitgebern eingerichtet worden sind. Sie werden mit einer Mehraufwandsentschädigung in Höhe von einem Euro pro Stunde vergolten und sollen nur Tätigkeiten betreffen, die keine bestehenden Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Inge Höger-Neuling ist Diplom-Betriebswirtin und vertritt den Wahlkreis 134 Herford-Bad Oeynhausen. Das Interview für CuS führte Matthias Obenhaus, Redaktionsleiter und Medienfachmann.

Red.

Bundesregierung kürzt Arbeitslosengeld für junge Erwachsene und behandelt sie wie Kinder

Matthias Obenhaus: Frau Höger, die Ankündigung der Bundesregierung zur Absenkung von ALG II bei jungen Erwachsenen, verbunden mit einer Genehmigungspflicht bei Auszug aus der elterlichen Wohnung, dürfte Sie und Ihre Fraktion auch überrascht haben.

Inge Höger: Überraschend war nur der Zeitpunkt, nämlich kurz vor der großen Anhörung zum Thema Hartz-IV am 24. Februar im Bundestag, wo man sich über bessere Strategien im Sozial- und Arbeitsmarktbereich hätte austauschen können. Daran haben CDU und SPD offenbar kein Interesse. Sie preschen ohne Rücksichtnahme auf die Meinungen von Kommunen, Verbänden und Trägern der freien Wohlfahrtspflege vor und versuchen, im Schnellverfahren Fakten zu schaffen.

MO: Dass angesichts drastisch gestiegener Unterkunftskosten der «Exodus» zahlreicher junger ALG-II-Empfänger/innen der Großen Koalition ein «Dorn im Auge» ist, war indes schon länger bekannt.

IH: Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die Hartz-Gesetzgebung als *völlig verfehlt* ansehen, zudem ist sie auch handwerklich schlecht umgesetzt. Was aber gar nicht geht, ist, junge Erwachsene quasi wieder als Kinder einzustufen und ihnen durch den Entzug der Unterkunftskosten ihre persönliche Lebensplanung vorzuschreiben.

MO: Die vorgesehenen Maßnahmen dürfen aber doch einer sehr überschaubaren Personengruppe gelten.

IH: Keineswegs. Was derzeit vergessen wird, ist, dass auch die Eltern von diesen Maßnahmen betroffen wären. Eine Re-Integration bereits ausgezogener Kinder in die elterliche Bedarfsgemeinschaft könnte massive Probleme zur Folge haben. Die *zwangswise Bindung* junger

Erwachsener an das Elternhaus kann zu erheblichen Spannungen führen, die an keinem der Beteiligten vorbeigehen.

MO: Kann man denn Jugendliche durch Kürzungen beim Lebensunterhalt und durch die Verweigerung von Unterkunftskosten überhaupt zwingen, zuhause wohnen zu bleiben?

IH: Ich habe selber einen Sohn in diesem Alter. Wenn der sich entschließen würde – aus was für Gründen auch immer – von zuhause auszuziehen, würde er sich durch eine solche Gesetzgebung davon nicht abhalten lassen. Aber damit wären wir beim Kern eines viel tiefer liegenden Problems. Wir sind geradewegs dabei, uns unsere *Problembereiche* der kommenden Jahrzehnte analog zu *Frankreich* und den *USA* selber zu schaffen. Billigquartiere, gefüllt mit jungen Menschen, die meinen, ohnehin keine Perspektive mehr in dieser Gesellschaft zu haben, zudem total unterfinanziert und nur mit dem Allernötigsten versorgt, werden zu sozialen Brennpunkten werden ...

MO: ... Ist das nicht nun doch ein etwas an den Haaren herbeigezogenes Horrorszenario ...

IH: ... das schon in vielen westeuropäischen Großstädten Wirklichkeit geworden ist. Aber noch einmal grundsätzlich: Zurzeit «verhätschelt» unser Staat noch die Generation der 30- bis 50-Jährigen, und das nicht einmal besonders gut, wenn ich etwa an unser Gesundheitssystem denke. Wer in diese Altersgruppe gelangen will, hat es zunächst mit einem – laut Pisa – ziemlich *miserablen Schulsystem* und anschließend mit nicht ausreichenden Ausbildungsplätzen zu tun. Um an einer Universität zu studieren, muss man es sich demnächst leisten können.

Bereits auf diesem Weg fallen zahlreiche junge Menschen aus dem Raster, zuvorderst die aus sozial benachteiligten Familien und den Migrant/innengruppen. Und wer nach dem 50. Lebensjahr von

Industrie und Wirtschaft ausgemustert wird, unterliegt nach einem Jahr einer stetig verschärften ALG-II-Gesetzgebung – bis zur Zwangspensionierung. Da bis dahin aber weder etwas übrig geblieben ist, geschweige denn eine Altersversorgung weiter aufgebaut werden konnte, ist der nächste Schritt die *Altersarmut*, also wieder die «Grundsicherung».

Ende des sozialen Friedens in Deutschland?

MO: Demnach werden Jüngere und Ältere gleichermaßen die Leidtragenden sein?

IH: Die Zahl derer, die es – aus welchen Gründen auch immer – in die «produktive Phase» nicht mehr hineinschaffen oder die gar nicht erst «gebraucht» werden, wird ebenso stetig ansteigen wie die Zahl derer, die nicht mehr benötigt werden, sei es aufgrund von Produktivitätssteigerungen, Rationalisierungen oder Lohnkostendumping. Die «*Entsorgung*» – denn von «*Versorgung*» kann man kaum noch sprechen – überlassen Industrie und Wirtschaft der *Allgemeinheit*, also dem Staat. Und hier schließt sich der Kreis: Der Staat entzieht sich bewusst mehr und mehr dieser zunehmend schwierigeren Aufgabe und überlässt die Menschen sich selber – mit unübersehbaren sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen.

MO: Womit wir wieder bei den von Ihnen eben skizzierten Szenarien wären.

IH: Ich halte eine solche Art, zumeist aus reiner Gewinnmaximierung heraus vorzugehen, auch für die Wirtschaft fatal, um nicht zu sagen für dummm. Das *soziale Klima* in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren *massiv verschlechtert*. Damit entfallen aber nach und nach eine ganze Reihe so genannter «weicher Standortbedingungen», die manch ein Unternehmen auch heute noch bewegen, sich in Deutschland anzusiedeln oder hier zu bleiben. Schauen Sie doch einmal nach Frankreich oder in die USA, wo manche Gegenden nach



Inge Höger-Neuling

Einbruch der Dunkelheit gemieden werden müssen. Wo Wohnungen mit einem halben Dutzend Schlosser gesichert werden, wo Privatschulen notwendig sind, weil die öffentlichen Schulen zu unsicher oder uneffektiv geworden sind. Wer nur die reinen Profitinteressen im Auge hat, darf sich nicht wundern, wenn diese nur recht kurzfristig realisierbar sind und zunehmend geschmälert werden durch einen Verlust der «weichen Standortbedingungen» oder eben des sozialen Friedens.

Baustelle Berlin
(Bild: Vera Rüttimann).



Fortsetzung von Seite
123

der Großen Koalition. Erste Anzeichen aus der SPD-Fraktionsspitze und auch aus den Reihen der Union scheinen dies zu bestätigen.

Die Linke kann bei der anstehenden *Gesundheitsreform* nicht nur Impulsgeberin sein. Da sich die Konzepte von Union und Sozialdemokratie diametral gegenüberstehen, wird es nötig sein, die Debatte mit neuen Ideen zu bereichern und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass eine Kopfpauschale mit der Sozialdemokratie nicht zu machen ist. Bei einer geschickten Rollenverteilung zwischen der SPD-Fraktionsspitze, den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern und der Parlamentarischen Linken könnte es auch endlich einmal gelingen, die Union

MO: Heißt «Verlust des sozialen Friedens» auch zunehmende Radikalisierung?

IH: Aus Wut kann Widerstand werden, und der formiert sich derzeit auch im außerparlamentarischen Bereich. Unsere Aufgabe als Linksfraktion liegt darin, die außerparlamentarischen Proteste zu unterstützen und ihnen eine Stimme im Parlament zu geben. Wir wollen eine derart fatale soziale Schieflage in unserer Gesellschaft gar nicht erst aufkommen lassen. •

stärker unter Druck zu setzen. Bislang waren es nämlich die Unionsfraktionen, die durch polyphones Singen ständig versuchten, vom Koalitionsvertrag abzuweichen und die SPD gehörig unter Druck zu setzen.

So gesehen, könnte die Parteilinke in Fraktion und Partei nicht nur Handlungsspielraum gewinnen, sondern zu einer echten Antriebsfeder einer erfolgreichen und solidarischen Politik in Deutschland werden.

Im Übrigen gilt nicht nur für diese Koalition das Strucksche Gesetz: *Keine Gesetzesvorlage kommt so aus dem Parlament, wie sie eingebracht wurde.* Daraus ergibt sich der Handlungsspielraum. •